

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	09.05.2016

**Flughafen Köln/Bonn GmbH (FKB)
Resolution der Rates der Stadt Köln vom 15.12.2015
„Kein Verkauf der Bundesanteile am Flughafen Köln/Bonn,,**

Entsprechend dem gemeinsamen Antrag (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates) der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Kölner Rat und der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln vom 03.12.2015 (AN/1906/2015) hat der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 15.12.2015 unter TOP 3.1.1 folgenden Beschluss gefasst:

„Resolution

Der Flughafen Köln/Bonn mit Beteiligung des Bundes, des Landes, der Stadt Köln sowie den Bonner Stadtwerken, dem Rheinisch-Bergischen und Rhein-Sieg Kreis ist ein wesentlicher Teil der Verkehrsinfrastruktur und hat eine große wirtschaftliche Bedeutung für Köln und die Region. Es ist zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor unseres Standortes und entscheidendes Argument für die Ansiedlungsentscheidung von Unternehmen.

Die starke Eigentümerschaft in öffentlicher Hand ist dabei Garant den Flughafen als Teil der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur zu sichern sowie öffentlichen Einfluss auf Lärm- und Umweltschutzvorgaben und die sozialen Standards für die Beschäftigten nehmen zu können. Stattdessen würde bei einem privatwirtschaftlichen Anteilseigner das Ziel der Gewinnmaximierung an erster Stelle stehen.

In der Vergangenheit hat es bereits mehrfach Bestrebungen der Bundesregierung gegeben, ihre Anteile am Flughafen zu veräußern. Aktuell liegen erneut Anhaltspunkte dafür vor, dass es konkrete Bestrebungen gibt, die Anteile aufzugeben.

Vor diesem Hintergrund erwartet der Rat der Stadt Köln von der Bundesregierung, dass sie zu ihrer verkehrs-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Verantwortung steht und von einem Verkauf ihrer Anteile absieht.“

Diese Resolution wurde mit Schreiben vom 14.01.2016 an den zuständigen Vertreter der Bundesregierung, Herrn Bundesverkehrsminister Dobrindt mit der Bitte um Berücksichtigung bei den künftigen Überlegungen übermittelt und das Land NRW als Mitgesellschafter der Flughafen Köln/Bonn GmbH hierüber zudem in Kenntnis gesetzt.

Das Bundesministerium der Finanzen teilt nunmehr mit, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur als Gesellschaftervertreter des Bundes im Benehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen entschieden hat, den Anteil des Bundes an der Flughafen Köln Bonn GmbH zu ver-

äußern und diesbezüglich in konkrete Gespräche mit der Stadt Köln und dem Land NRW eintreten möchte.

Der Finanzausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.

gez. Klug